

## Unverantwortlicher Flächenverbrauch

### NABU kritisiert Pläne zur 1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar

Im Jahr 2014 trat der Einheitliche Regionalplan Rhein-Neckar in Kraft. Er soll die räumliche Entwicklung der Region in den kommenden 15 Jahren planerisch steuern. Doch bereits sieben Jahre später liegen die ersten großen Änderungen vor. Geplant ist die Freigabe von insgesamt 840 Hektar für neue Wohn- und Gewerbegebiete. In seiner aktuellen Stellungnahme im Rahmen des Beteiligungsverfahrens kritisiert der Naturschutzbund (NABU) den immensen Flächenverbrauch. Die Pläne widersprechen dem Grundsatz einer flächensparenden und ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung. „Das Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag zu verringern, kann nicht erreicht werden, wenn derart verschwenderisch mit den vorhandenen Freiflächen umgegangen wird“, kommentiert Carmen Schauroth, Leiterin der NABU Regionalstelle Süd in Rheinland-Pfalz. Die weiter fortschreitende Versiegelung gehe zulasten der Biodiversität, des Klimas und der Lebensqualität der Menschen. Sie zerstöre Lebensräume für Flora und Fauna, wertvolle landwirtschaftliche Nutzflächen und Erholungsräume. Das befördere die sich immer weiter verschärfende Flächenkonkurrenz. Schon jetzt laste ein enormer Druck auf den wenigen verbliebenen ökologisch wertvollen Flächen. Neue Baugebiete in FFH- und Vogelschutzgebieten lehnt der NABU ab. Durch eine Bebauung werden sie faktisch verkleinert und damit stückweise entwertet. Von den Plänen betroffen sind landwirtschaftliche Flächen, Regionale Grünzüge, Flächen im Biotopverbund und Wildtierkorridore. „Erst kürzlich hat uns die neue Rote Liste der Brutvögel vor Augen geführt, dass fast jede zweite Vogelart in Deutschland bedroht ist. Bei anderen Tiergruppen sieht es nicht besser aus. Die Dramatik des Insektensterbens ist in der Zwischenzeit bei den Menschen angekommen. Wir können es uns nicht erlauben, einfach so weiter zu machen“, sagt Carmen Schauroth.

Betont werden auch die negativen Auswirkungen auf das Klima und den Wasserhaushalt. Durch die fortschreitende Versiegelung gehen Kohlenstoffsinken und Kaltluft-Entstehungsgebiete verloren. Es kommt zur Überwärmung von Siedlungsgebieten. Die Versiegelung der Böden verhindert die Grundwasserneubildung. Starkregenereignisse, wie wir sie dieser Tage erleben, werden immer häufiger zu Überflutungen führen, weil das Wasser nicht mehr versickern kann.

Die Änderungsflächen in der Süd- und Vorderpfalz liegen fast ausschließlich am Siedlungsrand und damit im Außenbereich. Dies widerspricht dem Ziel „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Der NABU fordert, dass Anreize geschaffen werden, um in den Bestand zu investieren und nicht immer neue Baugebiete am Ortsrand zu schaffen. Denn dies führe zu längeren Wegen und damit zu mehr Individualverkehr. Aufgabe des Verbandes wäre es gewesen, die Gemeinden in die Pflicht zu nehmen, um ihren Bedarf durch Innenentwicklung, Aktivierung von Leerstand und Baulücken, stärkere Förderung von Sanierung und ressourcensparenden Wohnkonzepten zu decken und damit den Flächenbedarf zu reduzieren.

Der Grundsatz, vorhandene Strukturen zu stärken und neue Wohnbauflächen an Haltepunkten des regionalbedeutsamen öffentlichen Nahverkehrs anzusiedeln, wurde in vielen Bereichen aufgegeben. Stattdessen sind zahlreiche Neubaugebiete für kleine Orte ohne Bahnanschluss geplant.

Die meisten Änderungsflächen in der Süd- und Vorderpfalz sind aus Umweltgesichtspunkten nur bedingt für eine wohnbauliche oder gewerbliche Nutzung geeignet. Sie führen zu negativen Umweltauswirkungen und erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter. Laut NABU lassen sich diese Beeinträchtigungen auch nicht im Rahmen der nachgelagerten Planungsebenen vermeiden, da die aktuelle „Ausgleichspraxis“ nicht geeignet ist, um Eingriffe in Natur und Landschaft angemessen auszugleichen. Zumal kaum noch geeignete Ausgleichflächen zur Verfügung stehen.